

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Antrag

10.11.2020

Extremismus bekämpfen – Werbung für staatliche Aussteigerprogramme unterstützen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Präventions- und Aussteigerprogramme für politische und religiöse Extremisten, bereitgestellt durch „Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung“ sowie der „Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus“, werden unterstützt.

In diesem Zusammenhang verweist die Landeshauptstadt auf die angebotenen Programme im Kampf gegen den Islamismus/ Salafismus sowie Rechts- und Linksextremismus, auf der stadteigenen Internetseite und stellt das jeweilige Informationsmaterial digital zur Verfügung.

Begründung:

In den vergangenen Wochen sahen sich sowohl die Bundesrepublik, als auch ihre Nachbarn Frankreich und Österreich wiederholt mit Anschlägen islamischer Extremisten konfrontiert.¹

Mit Programmen wie „Antworten auf Salafismus“ leistet der Freistaat Bayern über „Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung“, wichtige Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Kampf gegen den Islamismus. Es erscheint sinnvoll, dass gerade Städte mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil, wie etwa die Landeshauptstadt, aktiv auf entsprechende

¹ siehe hierzu: <https://www.tagesschau.de/inland/dresden-messerangriff-islamist-101.html>;
<https://www.merkur.de/politik/terror-paris-frankreich-enthauptet-geschichtslehrer-gekoepft-polizei-schueler-vater-macron-messer-motiv-zr-90072411.html>;
<https://www.merkur.de/politik/nizza-anschlag-messerattacke-kirche-notre-dame-terror-frankreich-videos-taeter-deutschland-gefahr-news-aktuell-zr-90083998.html>;
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/terror-anschlag-in-oesterreich-wie-der-dschihad-nach-wien-kam-a-00000000-0002-0001-0000-000173898791>

Programme verweisen, um den Freistaat, bei diesem, für unser aller Sicherheit bedeutsamen, Engagement zu unterstützen.

Selbstverständlich sieht sich die freiheitliche Gesellschaft jedoch nicht nur durch den fundamentalistischen Islam, sondern auch durch Rechts- und Linksextreme Bestrebungen gefährdet.

Während sich dem Problem des Rechtsextremismus kontinuierlich, mit hoher medialer und politischer Aufmerksamkeit sowie finanziellem Aufwand gewidmet wird, findet die, milieu-bedingt in München besonders starke und zunehmend gewalttätige Linksextreme Szene, wenig Beachtung. Dabei wird deren besorgniserregend hohe regionale Aktivität, insbesondere dadurch deutlich, dass allein im Jahr 2019, fast die Hälfte (273 von 669) aller in Bayern registrierten linksextremistisch-motivierten Straftaten, im Einsatzgebiet des Polizeipräsidiums München erfasst wurden.

Es liegt daher nahe, analog zu den Angeboten von „Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung“, auch die Programme der „Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus“ zu unterstützen und somit einen Beitrag im Kampf gegen jegliche Form von Extremismus – egal ob links, rechts- oder religiös-motiviert – zu leisten.

Eine entsprechende Unterstützung muss dabei – gerade in Zeiten knapper Kassen – nicht mit einem nennenswerten Kostenaufwand verbunden sein. So wäre es bereits ein Fortschritt, innerhalb einer geeigneten Rubrik der städtischen Internetseite (bspw. im Bereich der Fachstelle für Demokratie), auf die entsprechenden Programme und Infomaterialien hinzuweisen (<https://www.antworten-auf-salafismus.de> / <https://www.bigge.bayern.de>).

Initiative:

Iris Wassill, ea. Stadträtin

Markus Walbrunn, ea. Stadtrat

Daniel Stanke, ea. Stadtrat